

ENTTÄUSCHTE LIEBE: GRÜNE UNTERNEHMER ÜBER IHRE PARTEI



Sylvius Bardt, Questico AG

„In den Koalitionsverhandlungen drang das wirtschaftspolitische Profil der Grünen nicht durch.“



Jan-Karsten Meier, Hering-Bau

„Die Grünen haben sich in wichtigen Bereichen nicht gegen die Sozialdemokraten durchgesetzt.“



Gottfried Härle, Brauerei Clemens Härle

„Die Unzufriedenheit ist groß. Niemand versteht, warum Rot-Grün nicht mehr Mut zu Reformen hat.“

Reformmotor Grüne? Fehlanzeige

DMEURO.com

Presseschau

UNTERNEHMEN & POLITIK

>> GRÜNE UNTERNEHMER

Auszug aus DM/Euro, Dezember 2002. Das Heft 12/2002 mit dem kompletten Beitrag von Volker Göttsche kann unter www.dm-euro.com bestellt werden.

ter zu senken. Jetzt gehen die Rentenbeiträge rauf – ein Witz!“

Zwei Monate nach der Bundestagswahl droht die Öko-Partei, die sich in den vergangenen vier Jahren zur Verfechterin einer strikten Sparpolitik und marktwirtschaftlicher Reformen mauserte, die mühsam erarbeitete Sympathie im Mittelstand zu verspielen. Jeder achte Selbstständige wählte im September grün – so viele wie noch nie. Nur noch zwei Prozentpunkte trennten die Grünen bei den Selbstständigen-Stimmen von der FDP, der schärfsten Wettbewerberin um Platz drei im deutschen Parteienspektrum. Doch mittlerweile hadern selbst den Grünen nahe Mittelständler mit der Öko-Partei.

„Flickschusterei“ in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beklagt etwa Gottfried Härle, Geschäftsführer der Brauerei Clemens Härle aus Leutkirch im Allgäu, Grünen-Mitglied und Vorstand des ökologisch orientierten Unternehmensverbandes „UnternehmensGrün“. Anfang November trafen sich dessen 300 Mitglieder zur Jahrestagung. „Die Unzufriedenheit war groß“, resümiert Härle. „Niemand

versteht, warum Rot-Grün nicht mehr Mut zu Reformen hatte.“ Vor allem in der Gesundheitspolitik hätte Jan-Karsten Meier, Unternehmensberater aus Essen und Geschäftsführer der Hering-Bau, solche Reformen erwartet. „Doch die Grünen“, stellt er fest, „haben sich hier wie in anderen wichtigen Bereichen nicht gegen die SPD durchgesetzt.“ Michael Merkel, Geschäftsführer des Leipziger Kontors für Unternehmensbeteiligungen und Gründungsmitglied der Grünen, kritisiert vor allem die Abkehr vom Kurs der Haushaltskonsolidierung: „Die wirtschaftspolitische Ausrichtung, die der Koalitionsvertrag festschreibt, ist grundverkehrt.“

Der Frust geht tief, weil die Grünen in der vergangenen Legislaturperiode aus Sicht mancher Unternehmer gute Arbeit geleistet haben. „Sie können sich heute als Grüner auf jedem Handwerker-treffen sehen lassen“, so Eugen Schlachter, Vorstandssprecher der Raiffeisenbank Dellmensing in Oberschwaben und Mitglied im „Unternehmerbeirat“ der Grünen-Fraktion. Die grüne Finanzpolitikerin Christine Scheel setzte sich für steuerliche Er-

leichterungen für kleinere und mittlere Unternehmen ein und erhielt dafür 2000 den Mittelstandspreis der Union Mittelständischer Unternehmen. Der Haushaltsexperte Oswald Metzger habe den Sparkurs von Finanzminister Hans Eichel wesentlich mitgeprägt, lobt Schlachter. Margareta Wolf, bis September grüne Mittelstandsbeauftragte der Regierung, sei auf Unternehmer zugegangen und habe sich wirklich für ihre Probleme interessiert, erinnert sich Sylvius Bardt. „Das habe ich bei keiner anderen Partei gesehen.“

Dem „Dreigestirn“ Wolf, Metzger und Scheel sei es zu verdanken, dass die Grünen heute überhaupt ein wirtschafts- und finanzpolitisches Profil haben, betonen die Mittelständler. Doch was ist aus den Hoffnungsträgern geworden? Metzger sitzt nicht mehr im Bundestag – Opfer der Rangelei um Listenplätze der baden-württembergischen Grünen. Margareta Wolf wechselte ins Umweltministerium – wohl auch auf Druck der Parteispitze, die den über Miles & More gestolperten Fraktionschef Rezzo Schlauch als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium un- >>

Fotos: Werner Schüring, Bernd Hartung, Ingo Rappers, Marx Studios

Alterssicherung: Grüne Unternehmer über die Rente

Unternehmer in die Rentenkasse

VDI nachrichten, Düsseldorf, 8. 11. 02 -

Die gesetzliche Alterssicherung soll gestärkt werden, indem auch Unternehmer, Freiberufler und Beamte einbezogen werden. Das forderten Unternehmer, die den Grünen nahe stehen, am Wochenende in Berlin.

Es knirscht in den sozialen Sicherungssystemen: Die Rentenbeiträge steigen auf 19,5 % eines Bruttomonatslohns, und auch bei den Krankenkassenbeiträgen stehen Erhöhungen an. Das Ziel von Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement, die Beitragssätze für die Renten, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung auf unter 40 % zu senken, rückt in weite Ferne. Derzeit beträgt dieser Satz 41,3 % - Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil zusammengerechnet.

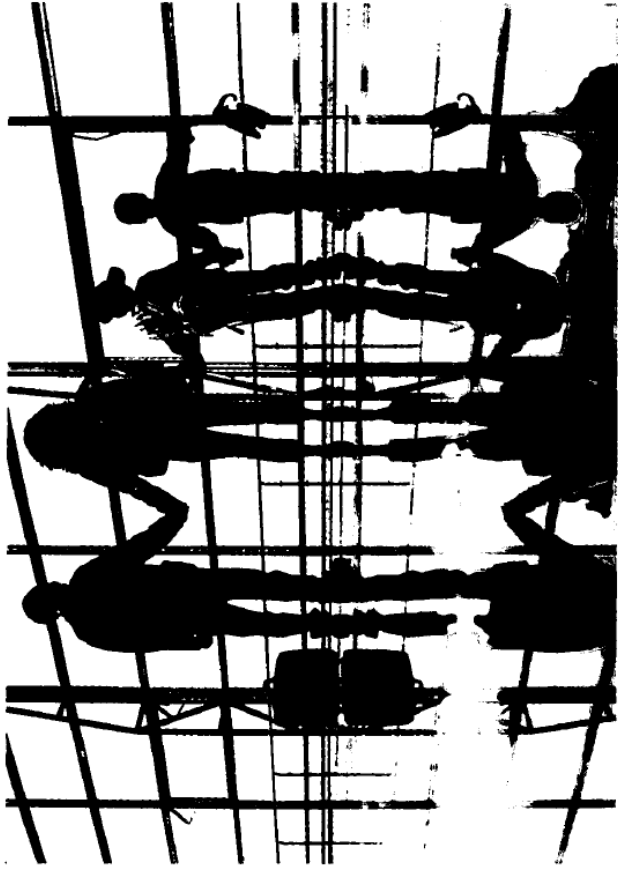
Wie die Herkules-Aufgabe der Sanierung der sozialen Sicherungssysteme aussehen könnte, hätte der Kanzler am vergangenen Wochenende in Berlin erfahren können. Dort trafen sich Arbeitgeber, die den Grünen nahe stehen und

im Verband „Unternehmensgrün“ organisiert sind, um Ansätze für „soziale Innovationen“ zu finden.

Für die Rentenversicherung heißt das: Beibehaltung der gesetzlichen Altersrente nach dem Umlageverfahren. Damit die Beiträge aber nicht weiter steigen, fordert Gottfried Härle, Besitzer der Härle-Brauerei in Leutkirch, die Einbindung aller Einkommensbeziehender, also auch der Beamten, Selbstständigen und Freiberufler, in die gesetzliche Alterssicherung, ähnlich wie in der Schweiz. So ließen sich die Beitragssätze sogar deutlich reduzieren. Um diesen Systemwechsel für die bislang nicht Pflichtversicherten zu erleichtern, sollte die Versicherungspflicht nur für Berufsanfänger gelten.

Damit könnten auch, so Härle, die demographisch schwierigen Jahre zwischen 2030 und 2050 besser überbrückt werden, weil dann der gesetzlichen Altersrente mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Auch wenn die gesetzliche Alterssicherung um große Gruppen von Beitragszahlern erweitert würde, bliebe die Rente doch auf die Finanzierung durch Arbeit angewiesen. Die Hartz-Kommission hat Konzepte für mehr Beschäftigung im Niedriglohnsektor vorgestellt, darunter die Ich-AG. Sie soll Existenzgründungen aus der Erwerbs-



Der Zusammenhalt in der Familie wird wichtig, wenn die Sicherheit in der Arbeit abnimmt. Foto: Zürich

losigkeit erleichtern. Um Tätigkeiten, die vor allem von Privathaushalten nachgefragt werden, und die bislang schwarz erledigt wurden, auch attraktiv zu machen, werden sie vom Arbeitsamt bezuschusst und einer pauschalen Besteuerung von 10 % unterworfen. Kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe können so viele Ich-AG'ler beschäftigen wie sie fest angestellte Mitarbeiter haben.

Für Oliver Förster vom Existenzgründungszentrum Stuttgart sind Ich-AG's ein Weg aus der Schwarzarbeit. Ob sie sich bewähren, hängt von drei Punkten ab: Sie müssen privaten Auftraggebern steuerliche Vorteile bringen, der Beschäftigte muss sich eine finanzielle Basis erwirtschaften, die ihm eine berufliche Existenz auch über die

drei Jahre der Subventionierung hinaus erlaubt, und die Sozialversicherungssysteme müssen davon profitieren. Ich-AG's seien ein Experiment, das auf jeden Fall ausprobiert und nicht gleich zerredet werden sollte, so Förster in Berlin.

Weniger optimistisch in Sachen Ich-AG ist der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann. Er geht davon aus, dass Ich-AG's kleinere Handwerksbetriebe, z. B. im Gartenbau oder Malergewerbe, aus dem Markt verdrängen werden. Die subventionierten Ich-AG'ler könnten ihre Leistung zu Preisen anbieten, mit denen kein Handwerksmeister konkurrieren könne, Entlassungen im Handwerk wären die Folge. ^{has}

Reformen gefordert

Presseschau

BIBERACH (sz) - Unternehmens-Grün, ein ökologisch orientierter Verband von Unternehmern, fordert von der Bundesregierung klare Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen.

Bei einer einer Tagung der Regionalgruppe Oberschwaben wurden dazu Eckpunkte erarbeitet: Im Rentensystem die private Vorsorge zur Pflicht machen, weg mit dem 325-Euro-Gesetz und Vereinfachung der Leistungskataloge im Gesundheitswesen.

Bei der künftigen Rentenentwicklung müsse auch der demographische Faktor Berücksichtigung finden, fordert der Verband. „Die Ausgestaltung der Riester-Rente ist zu bürokratisch und findet keine Akzeptanz“, bemängelte Vorstandsmitglied Gottfried Härle aus Leutkirch und forderte Nachbesserungen. Die Reform der Renten-

besteuerung sollte dazu genutzt werden, aus der steuerlich angereizten Vorsorge eine Pflicht zur Vorsorge zu machen.

Im Gesundheitswesen plädiert der Verband für eine Vereinfachung der Leistungskataloge und eine transparente Abrechnung. Damit könnten erhebliche Verwaltungskosten eingespart werden, welche letztlich zu einer Stabilisierung oder Absenkung der Beitragssätze führen könnten.

„Die derzeitige 325-Euro-Regelung gehört in den Reißwolf“, meinte Vorstandsmitglied Eugen Schlachter aus Maselheim. Der Verband unterstützt daher Vorschlag der Hartz-Kommission, wonach 500-Euro-Beschäftigungsverhältnisse mit pauschaler Lohnsteuer favorisiert werden. Hieraus könnten viele Jobs entstehen oder aus der Schattenwirtschaft auferstehen.

Schwäbische Zeitung vom 10. Oktober 2002

Anzeige

++ Ernährung ++ Gesundheit ++ Bauen ++ Schönheit ++ Wohnen ++ Energie ++ Mode ++

DAS grüne BRANCHENBUCH

Natürlich einkaufen und genießen

Hamburg/
Schleswig-Holstein

ISBN 3-309593-16-2 · 3 Euro

Neu

Ihr Einkaufsführer für
Umwelt und Gesundheit

Alle Adressen
auf einen Klick



www.die-gruene-suchmaschine.de

Weitere aktuelle Ausgaben

- Berlin
- Niedersachsen/Bremen



SPD will keine Abstriche am KfW-Gesetz

Kritik der Kreditbranche an der „Mittelstandsbank“ stößt auf taube Ohren – Anhörung im Finanzausschuss

Börsen-Zeitung, 8.5.2003
wf Berlin – Der Zusammenschluss von Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Deutscher Ausgleichsbank (DtA) dürfte im Zeitplan bleiben und rückwirkend zum 1. Januar vollzogen werden.

Der Gesetzentwurf werde am 6. Juni „ohne Abstriche“ vom Bundestag in abschließender Lesung gebilligt, kündigte Stephan Hülsberg, Berichterstatter der SPD-Fraktion für das „Förderbankenneustrukturierungsgesetz“, nach der Anhörung im Bundestags-Finanzausschuss an. Die kritischen Anmerkungen der Bankenverbände seien in der Anhörung ausgeräumt worden, stellte Hülsberg fest. Der Bundesrat behandelt den nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf voraussichtlich am 20. Juni.

Die gesamte Kreditbranche mit Ausnahme des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands hatte in der Anhörung besonders die geplante Bezeichnung „Die Mittelstandsbank“ für die zusammengelegten Förderbereiche von KfW und DtA kritisiert. Die Verbände plädieren außerdem dafür, die Formulierung beizubehalten, nach der das Hausbankprinzip bei der Kreditvergabe nur „in Ausnahmefällen“ durchbrochen werden darf.

Die Bezeichnung „Die Mittelstandsbank“, die Alleinvertretungsanspruch für die Mittelstandsfinanzierung erhebe, sei irreführend, da es sich lediglich um eine virtuelle Einrichtung handle, argumentierte die Branche. Inzwischen gebe es bereits vermehrt Anfragen von Kunden nach Adresse und Erreichbarkeit der „Mittelstands-

bank“. Die Kritik an der Bezeichnung unterstützte auch Eugen Schlachter, Vorstandsmitglied von Unternehmensgrün, einem Zusammenschluss ökologischen Prinzipien verpflichteter Unternehmen und Unternehmer. Der Name sei „nicht praktikabel“, denn Kreditsuchende „wissen nicht so recht, wo sie hinmüssen“. Schlachter regte ebenso an, auf den Namen zu verzichten. Dies dürfte indessen bei der SPD auf taube Ohren stoßen, die ihren Wählern im vergangenen Herbst eine „Mittelstandsbank“ versprochen hatte.

„Hausbank nicht gefährdet“

Sorgen der Kreditbranche in Bezug auf das Hausbankenprinzip, nach dem Förderkredite der KfW via Durchführung von der Hausbank vergeben

werden, suchte KfW-Vorstandsprecher Hans W. Reich zu zerstreuen. Die bisherige explizite Erwähnung einer Ausnahmeregelung sei entbehrlich, weil mit der Definition eines neuen Aufgabenkataloges klar sei, dass nur das künftig in eine Tochtergesellschaft ausgegliederte Wettbewerbsgeschäft der Exportfinanzierung und die anteilig geringe Kommunalfinanzierung direkt von der KfW betrieben würden. Damit komme der deutsche Gesetzgeber dem Wunsch der EU-Kommission nach einer klaren Aufstellung der Förder- und der Wettbewerbsaufgaben nach. Änderungen am Gesetzentwurf in diesem Punkt dürften schon deshalb unwahrscheinlich sein, weil damit eine erneute Abstimmung mit Brüssel erforderlich wäre, ob die Novelle des KfW-Gesetzes wettbewerbskonform ist.

Börsen-Zeitung vom 8. Mai 2003

Presseschau

Gute Bücher

■ Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften

Das Jahrbuch berichtet über aktuelle Entwicklungen des Wirtschaftens jenseits von marktwirtschaftlicher Profitorientierung und staatlicher Bürokratie. Ausgangspunkt ist die Frage, wie anderes, selbstorganisiertes, nicht von den Verwertungsinteressen der Kapitaleigner geleitetes Wirtschaften heute aussehen kann.

Die Beiträge umfassen Themen wie: Neue Unternehmensformen – Aktuelle Entwicklungen im Genossenschaftssektor – Die Welt des Geldes – Wirtschaften ohne Geld – Soziales. Im Länderschwerpunkt werden besonders interessante Projekte in den Niederlanden mit europäischer Perspektive dargestellt.

Die europäische Ausrichtung des Jahrbuchs wird auch durch jeweils eine englisch- und eine deutschsprachige Ausgabe deutlich.

Waldemar Schindowski, Elisabeth Voß (Hrsg): Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften – Ausgabe 1. 341 Seiten • AG SPAK Bücher 2001 • EUR 17,50 • ISBN der deutschsprachigen Ausgabe: 3-930830-25-6

■ Das ökologische Wirtschaftswunder

Spätestens, seit mit der BSE-Krise das Vertrauen in die auf maximale Effizienz ausgerichtete hypertechnisierte Landwirtschaft endgültig verloren ist, dürfte jeder und jedem die Notwendigkeit einer ökologischen Wirtschaftsreform klar geworden sein. Dass diese Wirtschaftsreform zugleich auch eine Gesellschaftsreform sein muss, die auf der Erkenntnis basiert, dass jeder Einzelne umdenken und sich seiner Verantwortung für den Umgang mit unseren Ressourcen stellen muss, zeigt Franz Alt in seinem erfolgreichen Buch über das ökologische Wirtschaftswunder. Er entwickelt Visionen für das 21. Jahrhundert und verweist auf das volkswirtschaftliche Potenzial umweltschonender Technologien, zeigt Wege für die Nutzung erneuerbarer Energieformen, effizienter, benutzerfreundlicher öffentlicher Verkehrssysteme und flexibler Arbeitsstrukturen und macht so deutlich, wie der Prozess des ökologisch orientierten Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent fortzuführen ist, damit er Ergebnisse zeitigt, die für uns alle bitter nötig sind: mehr Arbeitsplätze, mehr soziale Gerechtigkeit und nicht zuletzt mehr Verantwortung für die Sicherheit und Verträglichkeit von Produkten.

Franz Alt: Das ökologische Wirtschaftswunder. Arbeit und Wohlstand für alle. 167 Seiten • Aufbau Verlag 2002 • EUR 7,50 • ISBN 3-7466-7039-X

■ Umweltpolitik

Mit Blick auf den Weltumweltgipfel, der im September 2002 in Johannesburg (Südafrika) stattgefunden hat, legt der Publizist und Politikwissenschaftler Winfried Kösters nun in zweiter, völlig überarbeiteter Auflage eine aktuelle Bestandsaufnahme der deutschen Umweltpolitik vor, die neben der eigenen Standortanalyse (Wie ist unsere Umweltsituation heute zu bewerten?) auch das Handlungswissen vermittelt (Wie werden Entscheidungen getroffen, und wer setzt sie um?). Bewegen wir uns noch immer in der „Symbolik“ oder können auch tatsächliche Verbesserungen der Umwelt gemessen werden? „21 Ziele für das 21. Jahrhundert“ formulierte die Bundesregierung im April 2002 – eigentlich eine politische Leitlinie, die auf breites öffentliches Interesse stoßen sollte. Doch wer diskutiert darüber? Wen interessiert das?

Kösters fügt in seinem Standardwerk „Umweltpolitik“ die Vielfalt der Informationen zum Zustand der Umwelt und deren Politik zu einem Ganzen zusammen. Neben den Themenfeldern stellt er die Akteure in Bund, Ländern und Kommunen sowie Strukturen und die Entscheidungsprozesse vor, in denen Umweltpolitik heute gestaltet wird. Ein Blick über den Tellerrand zu den europäischen und internationalen Verflechtungen gehört ebenso dazu wie die Einflussnahme von Medien, Umweltgruppen und Wirtschaft. Letztlich, so Kösters, hänge aber gerade Umweltpolitik vom Handeln eines jeden Einzelnen ab. Diese Buch vermittelt dafür das notwendige Erkenntnis- und Umsetzungswissen.

Winfried Kösters: Umweltpolitik. Themen, Funktionen, Zuständigkeiten. 272 Seiten • 2., komplett überarbeitete Auflage • Olzog Verlag 2002 • EUR 12,50 • ISBN 3-7892-8089-5

■ Impressum

Herausgeber

UnternehmensGrün e.V. – Verband zur Förderung umweltgerechten Wirtschaftens
Hermannstr. 5a, 70178 Stuttgart
E-Mail: info@unternehmensgruen.de
www.unternehmensgruen.de

Redaktion

Britta Kurz (V.i.S.d.P.), Thomas Dengler

Druck

J.F. Steinkopf Druck GmbH, Stuttgart

Abonnements

Erscheinungsweise vierteljährlich
Jahresabo für Mitglieder kostenlos
Jahresabo für Nichtmitglieder 20,00 EUR

Bankverbindung

Raiffeisenbank Dellmensingen:
BLZ 600 690 17, KTO 496 264 001

■ Ansprechpartner

Geschäftsstelle

Hermannstr. 5a, 70178 Stuttgart
Fon: 07 11.6 15 95 10, Fax: 07 11.6 15 95 40
E-Mail: info@unternehmensgruen.de
Geschäftsführung: Britta Kurz
E-Mail: Britta.Kurz@unternehmensgruen.de
Internet und Verwaltung: Thomas Dengler
E-Mail: dengler@unternehmensgruen.de

Andreas Buchner – Vorstand, Region Bayern

HYLAS Holdings GmbH
Merzstr. 18, 81679 München
Fon: 089.98 10 39-42, Fax: 089.98 10 39-41
E-Mail: buchner@hylas.de

Ulrich Martin Drescher – Vorstand, Region Südbaden

umd[®] rat + moderation
Keltenring 37, 79199 Kirchzarten
Fon: 07 00.drescher, Fax: 07 661.6 16 84
E-Mail: drescher@umd.de

Bernd Faller – Vorstand, Region Stuttgart

Freelance • Konzeption + Text
Hermannstr. 5a, 70178 Stuttgart
Fon: 07 11.6 40 55 48, Fax: 07 11.6 40 55 51
E-Mail: Bernd.Faller@z.zgs.de

Gottfried Härle – Vorstand, Region Saarland

Brauerei Härle
Am Hopfengarten 5, 88299 Leutkirch
Fon: 075 61.98 28-0, Fax: 075 61.98 28-50
E-Mail: gottfried.haerle@haerle.de

Raoul von der Heydt – Vorstand, Region Berlin, Brandenburg

Phönix Sonnenwärme AG
Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin
Fon: 030.53 00 07-0, Fax: 030.53 00 07-17
E-Mail: raoul.vonderheydt@sonnenwaerme-ag.de

Matthias Kaiser – Vorstand, Region Berlin, Brandenburg

proDentum GmbH
Gerichtstr. 12/13, 13347 Berlin
Fon: 030.46 90 08-0, Fax: 030.46 90 08-99
E-Mail: Matthias.Kaiser@prodentum.de

Jan-Karsten Meier – Vorstand, Region Nordrhein-Westfalen

Unternehmensberatung
Am Langensiepen 26, 45259 Essen
Fon: 02 01.46 03 15, Fax: 02 01.46 03 90
E-Mail: BeraterJKMeier@aol.com

Eugen Schlachter – Vorstand (Schatzmeister), Region Oberschwaben

Raiffeisenbank Dellmensingen
Haldenweg 24, 88437 Maselheim
Fon: 073 05.96 23-0, Fax: 073 05.96 23-33
E-Mail: eugen.schlachter@rb-dellmensingen.de

Klaus Stähle – Vorstand, Region Berlin, Brandenburg

Notar- u. Anwaltssozietät Klemm, Schulz und Stähle
Güntzelstr. 63, 10717 Berlin
Fon: 030.853 50 65, Fax: 030.853 44 33

Angelika Steiger-Lubotzki – Vorstand, Region Stuttgart

Voß + Partner GmbH
Fellbacher Str. 38a, 70327 Stuttgart
Fon: 07 11.33 46 45, Fax: 07 11.33 46 74
E-Mail: a.steiger@voss-partner.de

Peter Syndikus – Vorstand, Region Rhein-Main, Hessen, Rheinland-Pfalz

Ökologie Consulting
Am Mühlacker 13
63869 Heigenbrücken
Fon: 060 20.30 15 57, Fax: 060 20.30 15 58
E-Mail: syndikus@t-online.de

Johannes Angele – Region Oberschwaben

Angele Maschinenbau
Bahnhofstr. 22, 88416 Ochsenhausen
Fon: 073 52.92 26 14, Fax: 073 52.92 26 41
E-Mail: johannes@angele.de

Annette Rinn – Region München

Planungsgruppe Rundum
Am Glockenbach 13, 80469 München
Fon: 089.20 25 16-0, Fax: 089.20 25 16-17
E-Mail: rundum@t-online.de

Ines Wrusch – Region Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen

Innenarchitektin BDIA
Hochallee 16, 20149 Hamburg
Fon: 040.38 61 56-70, Fax: 040.38 61 56-71
E-Mail: email@InesWrusch.de